



Presseschau vom 18.08.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

de.sputniknews.com: Fitch lobt russische Wirtschaft: Neue US-Sanktionen bewältigt.

Die internationale Ratingagentur Fitch hat die Kreditwürdigkeit Russlands nach einer Überprüfung auf dem Niveau BBB- mit positivem Ausblick bestätigt. Darüber berichtete Fitch in einer am Freitag veröffentlichten Pressemitteilung.

Die Agentur machte auf die kräftige Bilanz, zuverlässige Außenfinanzierung und vertrauenswürdige makroökonomische Politik der Russischen Föderation aufmerksam.

„Die russische Wirtschaft ist mit der neuen Stufe von US-Sanktionen, die im April verhängt wurden, gut zurechtgekommen, und das trotz der ursprünglichen Unbeständigkeit“, heißt es in der Pressemeldung.

Das Wirtschaftsministerium Russlands begrüße die Entscheidung von Fitch hinsichtlich der Kreditwürdigkeit des Landes und sehe dies als Anerkennung der Stabilität der russischen Wirtschaft an, erklärte der erste Vize-Ministerpräsident und Finanzminister Anton Siluanow gegenüber Journalisten.

„Bei der Volatilität auf den aufstrebenden Märkten, die von unaufhörlichen Drohungen, den Sanktionsdruck auf Russland zu erhöhen, begleitet werden, ist diese Entscheidung der Agentur eine Anerkennung der Beständigkeit unserer Wirtschaft gegenüber den externen Schockereignissen und zugleich eine hohe Bewertung der Qualität der makroökonomischen Regulierung in Russland“, betonte er.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden das Gebiet von **Prischib**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern.

de.sputniknews.com: Schon wieder Russland? – Kiew antwortet auf US-Verratsvorwürfe. Der ukrainische Turbinenhersteller Motor Sitsch hat am Samstag die Vorwürfe der US-Zeitung „The Washington Times“ kommentiert, wonach das Unternehmen Kampfflugzeug-Triebwerke an China verkauft und damit die USA verraten haben soll. Dafür macht Kiew schon wieder Russland verantwortlich.

„Nur ein Blinder sieht nicht, dass hinter diesem Presserummel das Lobbyieren der Interessen russischer Hersteller steckt (...). Solche Methoden weisen alle Merkmale einer unlauteren Konkurrenz auf“, zitiert das Portal „061.ua“ die Mitteilung des Turbinenherstellers.

Wie es ferner heißt, hat das Unternehmen nach den Ereignissen im Jahr 2014 (Beginn des Ukraine-Konfliktes – Anm. d. Red.) den traditionellen Absatzmarkt in Russland verloren. Würde Motor Sitsch den Vertrag mit China über die Lieferung von Triebwerken AI-222 kündigen, würde Peking solche Triebwerke in Russland kaufen.

Zudem wurde betont, dass der Verzicht auf den chinesischen Absatzmarkt durch die Ukraine nicht die Einsatzfähigkeit der chinesischen Luftwaffe beeinflussen, aber zur Verschlechterung der Situation in der ukrainischen Luftfahrtbranche und zur Entlassung von Motor-Sitsch-Mitarbeitern führen würde.

Zuvor hatte die US-Zeitung „The Washington Times“ der Ukraine vorgeworfen, Kampfflugzeug-Triebwerke an China verkauft zu haben, was in den USA nicht gerade auf Begeisterung stößt. Ein US-Experte spricht demnach sogar von einem „Messerstich in den Rücken“.

Nach Angaben der Zeitung hatte der ukrainische Turbinenhersteller Motor Sitsch bereits 2016 einen Deal mit China abgeschlossen. Der Vertrag im Wert von 380 Millionen US-Dollar soll die Lieferung von insgesamt 250 Triebwerken vorsehen.

Der China-Experte und ehemalige Berater des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats, William Triplett, ist laut dem Blatt über den Triebwerk-Verkauf empört: Die Ukraine helfe damit China, seine Probleme bei der Herstellung von Turbinen zu lösen.

Ein weiterer China-Experte, Rick Fisher vom International Strategy and Assessment Center, äußerte gegenüber dem Blatt die Meinung, dass Washington Druck auf Kiew ausüben sollte, damit der Verkauf nicht zustande komme.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32199/77/321997751.jpg>

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 17. August 3:00 Uhr bis 18. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Staromichajlowka, Jasinowataja, Kominternowo, Dsershinskoje.**

Wie zuvor mitgeteilt wurde, wurden durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf Staromichajlowka folgende Häuser beschädigt:

- Schewtschenko 18 – Treffer auf ein Wirtschaftsgebäude, eine Kuh wurde getötet;
- Dnjepropetrowskaja-Straße 56 – das Haus geriet in Brand;
- Schewtschenko-Straße 17, 23, 26 – Dach beschädigt;
- Schewtschenko-Straße 24, 30 – Verglasung beschädigt;
- Iwan-Martschenko-Straße 27 – Verglasung beschädigt;
- Schewtschenko-Straße 2 – Stromleitung beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 97.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 14.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-Waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: US-Senator: Keine Nachweise für Trump-Russland-Komplott.

Beweise dafür, dass es zwischen dem US-Präsidenten Donald Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ein Komplott gegeben hat, liegen laut dem Vorsitzenden des Geheimdienstausschusses des US-Senats, Richard Burr, nicht vor. Dies sagte Burr am Mittwoch in einem Interview für die Nachrichtenagentur Associated Press.

Dabei habe er, trotz der fehlenden Belege, nach wie vor keine eindeutige Schlussfolgerung diesbezüglich ziehen können. Unter Berücksichtigung, dass die Ermittlungen inzwischen 19 Monate dauern, „wäre es die schlechteste Option, die Versuche zu stoppen, diese geheime Verbindung aufzudecken“, sagte Burr.

Der US-Präsident hatte mehrmals widersprüchliche Erklärungen über eine mögliche russische Einmischung in die Angelegenheiten der USA abgegeben. Bei der Pressekonferenz nach dem Treffen mit Putin in Helsinki am 16. Juli hatte er erklärt, dass beide Seiten am Skandal schuld seien und dass er keine Beweise für die Einmischung sehen würde. Jedoch hatte er am nächsten Tag gegenüber Journalisten mitgeteilt, dass er seinen Geheimdiensten völlig vertraue und deren Erkenntnisse in diesem Fall anerkenne.

Dagegen schrieb er am 1. August in seinem Twitter-Beitrag, dass eine Verschwörung kein Verbrechen sei, „aber das ist nicht wichtig, weil es die Verschwörung (mit Russland) nicht gegeben hat“.

Am 2. August merkte er an, dass die Beziehungen der Präsidenten beider Länder durch einen fabrizierten „russischen Fall“ behindert werden. „Das ist eine Mystifikation, klar?“, sagte der US-Präsident. Am 3. August hatte Trump bei einer Kundgebung vor seinen Anhängern erklärt,

dass Moskau mit seinem Sieg bei den US-Präsidentschaftswahlen 2016 nicht zufrieden gewesen sei.

Dnr-online.ru: Mehr als 7000 Menschen sind seit Beginn des militärischen Konflikts im Donbass als zeitweilige Vertriebene registriert worden.

In der DVR wird den Übersiedlern reale Unterstützung zur Verfügung gestellt. Die Staatsorgane leisten allseitige Unterstützung unabhängig vom Meldeort des Übersiedlers – in der Republik gibt es keine Diskriminierung aufgrund des Wohnortes. Jeder bedürftige Bürger kann eine vorübergehende Wohnung in einer Einrichtung zur vorübergehenden Unterbringung erhalten. Dies teilte der Pressedienst des Apparats der Bevollmächtigten für Menschenrechte mit.

Seit Beginn des militärischen Konflikts wurden 5380 Überweisungen zur Unterbringung in sozialen Objekten (Wohnheimen, Prophylaktorien, Sanatorien) des Apparats der Bevollmächtigten ausgesprochen, davon 137 im Jahr 2018. Im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Verfügung des Oberhauptes der DVR Nr. 137 vom 24. April 2018 befassen sich territoriale Kommissionen der Städte und Bezirke mit der Unterbringung der betroffenen Bürger, soziale Objekte, die sich zuvor unter dem Patronat des Apparats der Bevollmächtigten befunden haben, werden jetzt von diesen Kommissionen betreut.

In der Woche vom 11. bis 18. August haben sich acht Personen zu Fragen von zeitweilig Vertriebenen an den Apparat der Bevollmächtigten gewandt. Derzeit gibt es 1250 freie Plätze zur Unterbringung von erzwungenen vorübergehenden Übersiedlern auf dem gesamten Territorium der DVR.

Seit Beginn des Konflikts auf dem Territorium der DVR wurden 7416 Personen als zeitweilig vertrieben registriert, darunter 1790 Kinder unter 18. Auf dem Territorium der Republik sind 75 soziale Objekte zur Unterbringung vorhanden. Davon sind 52 in Betrieb, 23 in der Reserve (gemäß den Informationen der territorialen Kommissionen der Städte und Bezirke wurden Änderungen an der Gesamtzahl der Reserveobjekte vorgenommen). In den sozialen Objekten leben 2627 Menschen, darunter 491 Minderjährige, 4789 Menschen leben im Wohnraum der DVR, darunter 1299 Kinder unter 18.

de.sputniknews.com: Venezolaner erhalten 60 Mal höheren Mindestlohn.

Inmitten der schweren Wirtschaftskrise in Venezuela hat Präsident Nicolás Maduro eine Erhöhung des Mindestlohnes im Land ab dem 20. August um das 60-Fache angekündigt. Dies meldet die Agentur AVN am Samstag.

Demnach geht Venezuela im August zu einer neuen denominierten Währung – dem neuen „Bolívar soberano“ – über. Auf den Geldscheinen des neuen Bolívar werden fünf Nullen gestrichen.

Zudem führt Venezuela im August die neue Digitalwährung „El Petro“ ein, die den Wertverlust des Bolívar eindämmen soll. Laut Maduro entspricht ein „El Petro“ 60 US-Dollar oder 3.600 neue Bolivars (360 Millionen nicht denominierte Bolivars).

Dabei werde sich der Mindestlohn auf die Hälfte eines „El Petro“ bzw. 30 US-Dollar oder 1.800 neue Bolivars (180 Millionen nicht denominierte Bolivars) belaufen.

Der bisherige Mindestlohn bezifferte sich auf 30 neue Bolivars (drei Millionen nicht denominierte Bolivars).

Venezuela durchlebt bereits mehrere Jahre eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich in den letzten zwei Jahren wegen des Preisverfalls beim Öl, dem wichtigsten Exportgut des Landes, zuspitzt.

Im August 2017 hatte US-Präsident Donald Trump einen Erlass unterzeichnet, der neue Finanzsanktionen gegen Venezuela einführte. Diese betreffen unter anderem das Verbot von Geschäften, die mit von der venezolanischen Regierung und der staatlichen venezolanischen

Erdölgesellschaft PDVSA neu emittierten Wertpapieren mit einer Laufzeit von mehr als 30 beziehungsweise 90 Tagen abgewickelt werden sollen. Außerdem wurden der Handel mit venezolanischen Staatsanleihen sowie Dividendenzahlungen an die Regierung in Caracas verboten.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Ukrainischer Abgeordneter vergleicht sein Land mit Selbstmordattentäter.

Die Idee, den Eisenbahnverkehr zwischen Russland und der Ukraine einzustellen, erinnert an Methoden eines Selbstmordattentäters. Diese Meinung äußerte der Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament), Dmitri Linko, in einem Live-Interview mit dem TV-Sender Newsone.

„Im Krieg gibt es den Begriff Selbstmordattentäter – man kann sich in die Luft sprengen, den Feind schlecht machen, ihn verletzen. Du wirst aber letzten Endes sterben. Mit diesen Selbstmordattentäter-Mitteln kann man nicht kämpfen“, zitiert der TV-Sender den Abgeordneten.

Laut Linko würde Moskau im Unterschied zu Kiew nach der Einstellung des Zugverkehrs wohl kaum Missbehagen verspüren.

„Man kann propagieren, dass die Leute nicht nach Moskau fahren. Man kann dies aber nicht mit gewalttätigen Mitteln tun“, so Linko.

Zuvor hatte der ukrainische Minister für Infrastruktur, Wladimir Omeljan, geäußert, Kiew würde die Option behandeln, die Eisenbahnverbindung mit Russland einzustellen.

Im russisch-ukrainischen Eisenbahnverkehr gibt es zurzeit keine direkten Züge von russischen Eisenbahnbetreibern. Im 2014 hatte die Tochtergesellschaft des russischen Bahnbetreibers RZD, das für den Fernverkehr verantwortliche Unternehmen FPK, die Anzahl dieser Züge auf ukrainischen Routen angesichts des sinkenden Fahrgaststroms allmählich reduzieren müssen. Ende 2014 wurden russische Zugfahrten in die Ukraine völlig aufgehoben. Der einzige Zug aus Russland, der über das ukrainische Gebiet fährt, ist der Transitzug Moskau-Kischinau.

[Ukrinform.ua: Ukraine bekommt von USA zwei Artillerieaufklärungsradare.](#)

[Die ukrainischen Streitkräfte haben von den USA zwei Artillerieaufklärungsradare AN/TPQ-36 bekommen.](#)

[Das symbolische Zertifikat für die Radare übergab die US-Botschafterin in Kiew Marie Yovanovitch am Freitag dem Generalstabschef der ukrainischen Armee Wiktor Muschenko, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Die von Russland geführten Kräfte würden dank den Radaren nicht mehr ungestraft die zivile Bevölkerung und Streitkräfte der Ukraine angreifen, betonte die Diplomatin. Yovanovitch zufolge wurden Anlagen im Wert von 50 Millionen US-Dollar \(einschließlich Ausbildung und Komponenten\) geliefert.](#)

[Muschenko bedankte sich bei der US-Regierung und dem amerikanischen Volk für die Artillerieaufklärungsradare, die der Armee im Kampf gegen den Aggressor helfen werden und viele Leben retten können. Nach seinen Worten ist die Ukraine das erste Land der Welt, dem die USA erlauben, Radare zu warten und instand zu setzen.](#)



https://static.ukrinform.com/photos/2018_08/1534527037-2522.jpeg

de.sputniknews.com: Peking über „absurden“ Bericht des Pentagons empört.

Peking hat Protest wegen des neuen Berichts des Pentagons über die chinesischen Streitkräfte bekundet. Dies teilte der Sprecher des Außenamtes der Volksrepublik China, Lu Kang, in einer Erklärung mitgeteilt, die auf der Webseite des Amtes veröffentlicht wurde.

Der Bericht über die chinesische Volksarmee erschien am Donnerstag auf der Pentagon-Webseite. Darin wird vermutet, dass Peking seine Streitkräfte darauf vorbereitet, „Angriffe gegen die USA und ihre Verbündeten“ vorzutragen.

„In dem oben erwähnten Report der USA werden die realen Tatsachen nicht berücksichtigt, es werden absurde Kommentare über den Aufbau der Verteidigung Chinas angeführt, auch werden verantwortungslosen Erklärungen über die Souveränität und die territoriale Integrität von China gemacht. Die chinesische Seite bekundet in diesem Zusammenhang scharfen Protest“, heißt es in der Erklärung von Lu Kang.

In der Mitteilung wird betont, dass China den friedlichen Entwicklungsweg bevorzuge und seine Militärpolitik ausschließlich defensiver Art sei.

„Die Durchführung des Aufbaus der Verteidigung zwecks des Schutzes der Unabhängigkeit, der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität ist das legitime Recht jedes souveränen Staates, das ist absolut berechtigt, darin gibt es nichts, was Kritik verdienen würde“, wird in der Erklärung weiter betont.

Der Vertreter des chinesischen Außenamtes ruft die amerikanische Seite dazu auf, auf die Denkweise des Kalten Krieges und die obsoleete Konzeption des „Spiels mit Nullsummen“ zu verzichten, die strategischen Absichten und den Aufbau der Verteidigung Chinas objektiv und vernünftig einzuschätzen sowie die jährliche Veröffentlichung „verantwortungsloser Berichte“ zu unterlassen. Lu Kang fordert die US-Führung außerdem auf, mit konkreten Handlungen zur nachhaltigen Entwicklung der bilateralen Beziehungen beizutragen.

Zuvor hatte auch das Verteidigungsamt der Volksrepublik China den Pentagon-Bericht als absurd eingestuft. Dabei war betont worden, dass er auf Mutmaßungen basiere und den Beziehungen zwischen beiden Ländern schade.

armiyadnr.su: Kommentar des offiziellen Vertreters der Koordination der Volksmiliz der DVR E. Basurin über Fälle der **Beteiligung von ausländischen Söldnern auf der Seite der ukrainischen Streitkräfte im Krieg im Donbass:**

Da sie begreifen, dass die Ukraine ohne die Weltöffentlichkeit von selbst nur „heiße Luft“ darstellt, versuchen die ukrainischen Truppen andere Länder selbst ohne deren Wissen in den Konflikt im Donbass hinein zu ziehen.

Von unseren Positionen im Gebiet von Awdejewka haben wir mehrfach das demonstrative Hissen von Flaggen ausländischer Staaten – Polen, USA, Ungarn, Tschechien – bemerkt. In den letzten Tagen wurde auf den Positionen der ukrainischen Streitkräfte demonstrativ eine Fahne der Volksrepublik China gehisst.

In der internationalen Praxis demonstriert dies die Beteiligung dieses Landes oder seiner Bürger an dem militärischen Konflikt. Auf der Seite der ukrainischen Streitkräfte gibt es tatsächlich Söldner aus Ländern des Westens und Europas, aber es ist sehr zweifelhaft, dass man in China überhaupt vom Krieg im Donbass weiß oder dass Menschen als Freiwillige hierher reisen.

Durch die Gesetzgebung der Volksrepublik China ist Söldnertum in allen Formen verboten. Entsprechend ist die Verwendung der Flagge eines Landes, das nicht an dem militärischen Konflikt beteiligt ist, keine der Konfliktseiten ist, eine Verletzung des internationalen Rechts. Ich denke, die Regierung des Reichs der Mitte wird über das Erscheinen der Flagge ihres Landes auf den Positionen der ukrainischen Streitkräfte unangenehm verwundert sein. Aber wir bemühen uns, dass die Fotos und Videobeweise der Verletzungen von internationalen Konventionen durch die Ukraine an den Adressaten gelangen.

de.sputniknews.com: Ukraine testet Rakete gegen „strategische Brücken“.

Das ukrainische Militär hat im Süden des Gebiets Odessa in Anwesenheit des Sekretärs des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung, Alexander Turtschinow, einen Marschflugkörper getestet. Dies geht aus einer auf der Webseite des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine veröffentlichten Meldung hervor.

„Heute hat ein in der Ukraine hergestellter Marschflugkörper während einer wichtigen Etappe von Flugtests das geplante Programm vollständig erfüllt“, so Turtschinow.

Ferner betonte er, die Rakete habe ein Marineziel in einer Entfernung von 100 Kilometern bekämpft.

Laut Turtschinow kann die Rakete alle See- und Landziele treffen:

„Ukrainische Marschflugkörper sind in der Lage, die sichere Verteidigung der Schwarzmeer- und Asowschen Küste zu gewährleisten sowie feindliche Schiffe in einer Entfernung von bis zu 300 Kilometern zu treffen, notfalls sogar in ihren Stützpunkten.“

Die neue Rakete könne ebenso strategische Brücken und Fährstellen zerstören, unterstrich der Politiker.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32199/94/321999449.jpg>

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters des operativen Kommandos der DVR über die Lage am 18. August 2018:

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Terroristen den Beschuss von Ortschaften der Republik nicht eingestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben die Besatzer der 24. mechanisierten Brigade unter Leitung des Kriegsverbrechers Guds die **Siedlung des Bergwerks 6/7** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** geriet **Staromichajlowka** unter Beschuss der Kämpfer aus der 28. mechanisierten Brigade, es wurde auf Befehl des Brigadekommandeurs Martschenko mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. **Unter Beschuss gerieten in dieser Ortschaft Vertreter des IKRK**, die zivilen Einwohnern humanitäre Hilfe durch die Übergabe von Baumaterialien für den Wiederaufbau von Häusern, die zuvor durch die ukrainische Aggression betroffen waren, leisteten.

In der gleichen Richtung haben die Terroristen aus der 92. mechanisierten Brigade, die der Kriegsverbrecher W.W. Kokorew kommandiert, **Jasinowataja** mit 82mm-Mörsern beschossen.

In **Richtung Mariupol** befanden sich **Kominternowo** und **Dsershinskoje** unter dem Feuer der Kämpfer aus der 36. Marineinfanteriebrigade unter Leitung des Verbrechers A.W. Gnatow. In Folge des Beschusses von Seiten der ukrainischen Straftruppen auf Staromichajlowka wurden Häuser und eine Stromleitung in der Schewtschenko-, derDnjepropetrowskij- und die Iwan-Martschenko-Straße zerstört.

Nach unseren Informationen war den Kommandeuren der Einheiten, die den Beschuss von Staromichajlowka durchführten die Anwesenheit der Vertreter des IKRK in dieser Ortschaft bekannt und auch die von ihnen durchgeführte humanitäre Aktion. Diese Maßnahmen wurden gemäß eines bereits im Juli von unserer und der ukrainischen Seite abgestimmten Plan durchgeführt. Vor dem Besuch haben die Vertreter des IKRK schriftliche Sicherheitsgarantien von der ukrainischen und unserer Seite erhalten. Die ukrainische Seite hat ihre Zusagen wie immer nicht eingehalten.

Wie uns bekannt wurde, waren die Vertreter des IKRK, die sich so nah an der Front befanden, auch das wirkliche Ziel des Beschusses. Im Fall des Gelingens des hinterhältigen Plans, also im Fall von Verletzungen oder sogar Todesfällen unter den internationalen Freiwilligen hätte die ukrainische Seite alle Anstrengungen eingebracht, um uns dieser Verbrechen zu beschuldigen.

Wie wir sehen, hat die Gemeinheit und Blutrünstigkeit der ukrainischen Seite keine Grenzen. Für sie ist der Tod oder die Verletzung eines friedlichen Menschen und ausländischen Freiwilligen nur ein Anlass, um ein weiteres Mal zu versuchen, uns als Verbrecher darzustellen. Obwohl tatsächlich sie selbst schon lange Verbrecher nicht nur gegen geltende internationale Rechtsakte sind, sondern auch vor ihrem Gewissen.

Die Vertreter des IKRK haben auch die Tatsache des Beschusses bestätigt und dass es nur dank den Handlungen der örtlichen Einwohnern, die die Freiwilligen schützten, gelungen ist, Opfer zu vermeiden.

Außerdem hat unsere Aufklärung **Informationen über die Vorbereitung einer nicht weniger hinterhältigen Provokation** durch die ukrainische Seite erhalten, bei der wieder Vertreter internationaler Beobachter als Bauernopfer auftreten werden. Tatsächlich wurde dieses Mal ein unbelebtes Objekt ausgewählt.

Nach uns vorliegenden Informationen führt der Stab der OOS, um uns der Verletzung internationaler Vereinbarungen zu beschuldigen und zur Verhinderung der weiteren Entdeckung von Positionen ihrer von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Technik, derzeit einen Plan durch, der einige Etappen vorsieht.

In der ersten Etappe werden von Einheiten für informationspsychologische Operationen der

ukrainischen Streitkräfte Informationen verbreitet, dass angeblich die Einheiten der Luftabwehr der Volksmiliz unserer Republik in erhöhte Gefechtsbereitschaft versetzt wurden. Gleichzeitig damit werden Einheiten der 1. und 2. Abteilung des 1039.

Raketenabwehrregiments der ukrainischen Streitkräfte auf Positionen in der Nähe der Kontaktlinie in den Gebieten von Pawlopol und Wodjanoje verlegt, die im Fall einer erfolgreichen verdeckten Verlegung eine **Drohne der OSZE**, die Beobachtung in diesem Gebiet in der Nähe der Kontaktlinie oder über unserem Territorium betreibt, abschießen sollen.

Nach der Erfüllung der Aufgabe werden die Abschusseinrichtungen der 1. und 2. Abwehraketenabteilungen des 1039. Abwehraketenregiments auf ihre Positionen im Gebiet von Kasjanowka bzw. Memrik zurückkehren. Gleichzeitig werden vom Stab der OOS in Zusammenarbeit mit den Einheiten für informationspsychologische Operationen Informationen verbreitet, die unsere Luftabwehreinheiten der Vernichtung der Drohne beschuldigen.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, im Fall einer Ausführung des ukrainischen Plans nicht vorschnell Schlüsse zu ziehen und eine sorgfältige Untersuchung des möglichen Geschehens durchzuführen, um eine unbegründete Beschuldigung unserer Seite nicht zuzulassen.

de.sputniknews.com: Ohne zentrale Warmwasserversorgung: Steht Ukraine vor neuer Reform?

Die Ukraine muss auf die zentrale Versorgung der Bevölkerung mit Warmwasser zugunsten eines autonomen Systems verzichten. Diese Meinung äußerte Maria Jakowlewa, Mitglied des Kollegiums der Staatlichen Agentur für Energieeffizienz und -einsparung, am Samstag gegenüber dem Portal „Obozrevatel“.

In ihrem Kommentar zu einem diesbezüglichen Vorschlag des ukrainischen Vize-Premiers Gennadi Subkow sagte sie, diese Reform hätte man schon „vor 20 Jahren“ durchführen sollen. „In jeder europäischen Stadt, zumal in jeder Hauptstadt Europas, gibt es zurzeit ein Zonierungssystem und es fehlt praktisch eine zentrale Warmwasserversorgung. Niemand wird die Straßen erwärmen, damit die Leute dafür zahlen“, so Jakowlewa.

Was mögliche Risiken bei der Durchführung dieser Reform anbelangt, so betonte sie, diese „genialen“ Ideen könnten nur wegen einer unprofessionellen „Umsetzung im Volk“ zum Scheitern gebracht werden.

Am 10. Juni war in der Ukraine eine neue Fassung des Gesetzes „Über Wohnungs- und Kommunaldienstleistungen“ in Kraft getreten. Expertenschätzungen zufolge könnten die Neueinführungen einen Anstieg der Tarife für Wohnungs- und Kommunaldienstleistungen um 20 bis 30 Prozent verursachen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32200/11/322001151.jpg>

Mil-Inr.ru: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt. In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **einmal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Geschossen wurde auf das Gebiet von **Prischib**. Im Verlauf des Beschusses haben die ukrainischen Kämpfer 120mm- und 82mm-Mörser eingesetzt. Insgesamt wurden 12 Mörsergeschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilte der Kriegsverbrecher und Kommandeur der 53. Brigade Grusewitsch. Ein weiteres Mal betreibt das ukrainische Militärkommando im Vorfeld eines Treffens in Minsk Versuche, die Lage sowohl in der Republik als auch an der Kontaktlinie zu destabilisieren. Dabei **versucht die Kiewer Regierung mit allen Mitteln die RF in den Konflikt im Südosten der Ukraine zu verwickeln**, um die Verantwortung für das Geschehen von sich abzuwälzen.

Um falsche Beweise bei den Minsker Verhandlungen vorlegen zu können, hat das Kommando des sog. Stab des OOS erklärt, dass sie eine Drohne aus russischer Produktion abgeschossen hätten, die angeblich Aufklärung in Richtung Perwomajsk-Sewerodonezk-Swatowo betrieb. Ich erkläre mit voller Verantwortung, dass das Kommando der sog. OOS über kontrollierte Massenmedien weiterhin Falschinformationen verbreitet, die nicht der Wirklichkeit entsprechen.

Diese Handlungen sind darauf gerichtet, die Einwohner der Ukraine von den inneren Problemen abzulenken und mit einem ausgedachten „äußeren Aggressor“ den Krieg gegen friedliche Einwohner zu rechtfertigen. Diese Art minderwertiger Fakes ist das letzte Mittel für Poroschenko, um sich auf dem Präsidentensessel zu halten.

In dem brudermörderischen Krieg, der im Donbass läuft, sind die für uns nach sowjetischen Standards normalen stellvertretenden **Kommandeure für politische Fragen für die ukrainischen Truppen durch Kaplane ersetzt** worden, übrigens nach NATO-Standards. Ihre Aufgabe ist es, die Soldaten, unter denen viele Gläubige sind, davon zu überzeugen, dass das sechste Gebot Mose „Du sollst nicht töten“ sich nicht auf ihre Situation bezieht, sondern im Gegenteil, dass sie mit allem Eifer „Separatisten“ töten müssen. Im Zusammenhang damit, gehen auf Basis der Militärakademie in Odessa Selbstverteidigungs- und Erste-Hilfe-Kurse für Militärkaplane weiter, die verschiedene Konfessionen repräsentieren.

Außerdem hat das Oberhaupt der selbsternannten ukrainischen orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats Filaret erklärt, dass Mord an sich Kiew nicht unterordnenden Einwohnern des Donbass keine Sünde ist, gleichzeitig hat er erklärt, dass es eine Sünde ist, sich der Mobilisierung in die ukrainische Armee zu entziehen und hilft so der Kiewer Regierung ihre Vorräte an „Kanonenfutter“ aufzufüllen.

Die militärische Führung der Ukraine versucht mit allen Mitteln die Gehirne der einfachen Soldaten zu waschen und mit Hilfe der Religion die nicht begründeten Verluste zu rechtfertigen.

Unsere Einheiten erhöhen weiter ihre Professionalität und ihre militärischen Kenntnisse. Auf den Übungsplätzen der Volksmiliz finden ständig Übungen für Panzergrenadiereinheiten statt, bei denen verschiedene taktische Aufgaben wie die Führung von Positionsverteidigung, die Abwehr von Angriffen und der Übergang zum Gegenangriff bearbeitet werden.

Ich will ein weiteres Mal erklären, dass die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen streng einhält, aber bereit ist zu adäquaten Gegenmaßnahmen im Falle einer ukrainischen Aggression.

de.sputniknews.com: „Hohe Aktivität“ russischer U-Boote: Botschaft reagiert auf britische

Meldungen.

Berichte der britischen Medien über die angeblich „gestiegene Aktivität“ russischer U-Boote sind laut einem Vertreter der russischen Botschaft in London ein Teil der antirussischen Kampagne.

„Die Botschaft ist tatsächlich auf diese Materialien aufmerksam geworden, die unserer Meinung nach in den allgemeinen Trend der Vervielfältigung aller möglichen Falschmeldungen im Kontext der hier hochgeschraubten antirussischen Kampagne hineinpassen. Obwohl die Briten einfach keinen realen Grund haben, um die Öffentlichkeit einzuschüchtern“, sagte der Vertreter der Botschaft.

Wenn es nötig sei, eine weitere Informationsprovokation zu verbreiten, dann würden oft „trotz der deklarierten redaktionellen Unabhängigkeit jeder einzelnen Media-Ressource“ gleichzeitig mehrere Zeitungen eingesetzt.

„So war es nämlich auch in diesem Fall. Wie auf Kommando haben heute die (britischen Zeitungen – Anm. d. Red.) ‚The Times‘, ‚The Daily Telegraph‘ und ‚The Daily Mail‘ einen weiteren antirussischen Einwurf von praktisch gleichartigem Inhalt auf ihren Seiten veröffentlicht“, so der Vertreter weiter.

Zuvor war bekannt geworden, dass britische Marineoffiziere wegen „einer hohen Aktivität“ russischer U-Boote im Atlantik besorgt seien. Wie der Kapitän eines neuen Flugzeugträgers der Queen-Elizabeth-Klasse, Jerry Kid, gegenüber der Zeitung „The Times“ sagte, sei die Aktivität russischer U-Boote „erschreckend“ und erreiche „ungeahnte Ausmaße“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30311/98/303119877.jpg>

de.sputniknews.com: Lukaschenko: Diktatur in Weißrussland undenkbar.

Der weißrussische Präsident, Alexander Lukaschenko, hat erklärt, dass es unrealistisch sei, in der Republik eine Diktatur zu verhängen, und dass derartige Äußerungen „lächerlich“ seien.

„Wir leben in einem demokratischen Land und sind dabei von zwei demokratischen Blöcken vom Westen und Osten eingeklemmt. Im Süden haben wir Demokratie bis zum ‚geht nicht mehr‘. Eine Diktatur in Weißrussland zu betreiben, ist einfach unrealistisch. (...) Es ist lächerlich“, zitiert die Worte des Präsidenten sein Pressedienst am Samstag.

Dabei erklärte Lukaschenko, dass „Ordnung im Land immer da war und auch sein wird“.

Zuvor hatte Lukaschenko im Rahmen einer Arbeitsreise in den Orschanski-Landkreis im Gebiet Witebsk eine Beratung durchgeführt, während der er die Beamten wegen der Nichterfüllung von Aufträgen zur komplexen Entwicklung der Region scharf kritisiert hatte.

Der Präsident betonte mehrmals, dass die Erfüllung von Aufträgen zur Entwicklung der Region ein Index der Effektivität der Arbeit der Regierung und der örtlichen Behörden sei.

Von diesen wurde verlangt, eine systematische Arbeit zu organisieren, beispielgebend für andere Durchschnittsstädte des Landes. Damals hatte die Kritik zu einer Reihe von

personellen Entscheidungen und Disziplinarstrafen geführt – so hatten zwei Minister ihre Posten verloren.

Am Samstag hatte der weißrussische Staatschef einen Beschluss über die Ernennung eines neuen Premierministers des Landes – Sergej Rumas – gefasst. Darüber hinaus hatte Lukaschenko mehrere Vize-Premierminister und Minister ernannt.

de.sputniknews.com: Lukaschenko: „Wir werden nie Vasallen sein“

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat auf das Festhalten seines Landes an der Integration mit Russland verwiesen und dabei erklärt, Minsk werde niemals der „Vasall“ keines einzigen Landes sein.

„Da Russland einen Vertrag, ein Abkommen mit Weißrussland unterzeichnet hat, fordern wir dessen strikte Einhaltung. Und ich möchte offen sagen, dass wir niemals die Vasallen irgendeines Landes sein werden. Man darf nicht von uns fordern - und das tun schon einige, dass Lukaschenko baldigst Russland beitreten und Weißrussland mit hineinnehmen sollte. Dies wären die letzten Tage eines weißrussischen Politikers, der eine derartige Entscheidung treffen würde“, zitiert die staatliche Agentur Belta den weißrussischen Staatschef.

Das sei auch nicht nötig in der modernen Welt, fügte Lukaschenko hinzu.

„Wir können in einem Bündnis mit Russland existieren und unsere gemeinsamen Aufgaben problemlos bewältigen. Es (Russland) ist das nächststehende Land für uns. Wir sind faktisch ein einheitliches Volk. Wir – die Weißrussen, die Russen und die Ukrainer - haben gemeinsame Wurzeln“, betonte Lukaschenko.

„Wir wollen nicht eine Wiederholung dessen, was in den Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland vor sich geht – also einen Konflikt. Wir brauchen so etwas nicht. Auch Russland hat so etwas nicht nötig. Denn es hat ein einziges Fenster, das sich über 1000 Kilometer von Ost nach West ausdehnt - Weißrussland. Russland braucht ein stabiles Weißrussland“, so Lukaschenko.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32200/44/322004421.jpg>

de.sputniknews.com: Darum kann Russland Schulden ukrainischer Rüstungsbranche nicht mehr eintreiben:

Russland und seine Unternehmen werden keine Schulden bei den strategischen Unternehmen des Verteidigungskomplexes der Ukraine eintreiben können. Ein entsprechendes Gesetz hat der ukrainische Präsident Petro Poroschenko am Samstag unterzeichnet, wie die Pressestelle des Präsidenten mitteilt.

Das Gesetz sehe unter anderem ein Vollstreckungsverbot für Entscheidungen, einschließlich für die ausländischer Gerichte, vor, bei denen es um die Einziehung von Verbindlichkeiten

gehe. Dabei würden die russischen Unternehmen, ihre lokalen oder ausländischen „Töchter“ als Gläubiger gelten, und die Unternehmen des ukrainischen Verteidigungskomplexes, die in ein Verzeichnis der strategischen Objekte eingetragen sind, als Schuldner.

Das Dokument sehe auch den Abbruch der laufenden Vollstreckungsverfahren und ebenso ein Verbot auf die Aufnahme neuer Vollstreckungsverfahren zur Einziehung von Verbindlichkeiten von ukrainischen Unternehmen des Verteidigungskomplexes zu Gunsten Russlands vor, aber auch das Verbot, sie auf Antrag juristischer Personen Russlands als bankrott zu erklären.

Das Dokument werde am Tag nach seiner offiziellen Veröffentlichung in Kraft treten.

Die Ukraine hatte 2014 den Vertrag über die militärtechnische Zusammenarbeit mit Russland aufgelöst und den Export von Waren der militärischen und doppelten Zweckbestimmung verboten. Somit hatten die ukrainischen Betriebe ihren Verbindlichkeiten gegenüber den russischen Auftraggebern nicht nachkommen können, die sich dann an die Gerichte gewandt hatten. Nach Einschätzungen der Gesetzesautoren würde die Verschuldung der ukrainischen Betriebe gegenüber Russland ungefähr 145 Millionen Dollar betragen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32200/45/322004513.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: Putin beim Treffen mit Merkel: Ukraine-Regelung stockt.

Die Regelung der ukrainischen Krise ist ins Stocken geraten, wobei es auch keine Alternative für das Minsker Abkommen gibt. Laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin hofft Russland auf Fortschritte bei der Lösung dieser Frage.

„Wir werden natürlich über die Ukraine sprechen, wie es die Frau Bundeskanzlerin gesagt hat, im Kontext der Regelung der ukrainischen Krise, die leider stockt“, betonte Putin in einer Erklärung für die Presse vor dem Beginn der Verhandlungen mit Angela Merkel.

„Angesichts der Tatsache, dass die Umsetzung des Minsker Abkommens keine Alternative hat, haben wir unser Interesse, die Arbeit im Rahmen des Normandie-Formats und der Kontaktgruppe weiterhin zu unterstützen, betont“, so Putin weiter.

Ferner hat der russische Staatschef unterstrichen, dass er auf Fortschritte in dieser Richtung hoffe.

Am 18. August empfängt Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel im Schloss Meseberg den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Noch vor dem Gipfel sind die beiden vor die

Presse getreten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32198/72/321987264.jpg>

de.sputniknews.com: Meseberg: Putin warnt vor „gewaltiger Last“ für Europa. Wladimir Putin hat sich am Samstag für einen Ausbau der humanitären Hilfe für Syrien stark gemacht. Dies sei wichtig, um den Flüchtlingen die Heimkehr zu ermöglichen. Nach Einschätzung des russischen Staatschefs sind die Millionen von Flüchtlingen in Nahoststaaten eine potenziell „gewaltige Last“ für Europa.

„Es ist wichtig, die Hilfe für das syrische Volk auszubauen“, sagte Putin am Samstag beim Treffen mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel in Meseberg.

In erster Linie solle jenen syrischen Gebieten geholfen werden, in die Flüchtlinge aus dem Ausland zurückkehren könnten, so Putin. Er meinte damit vor allem Jordanien, den Libanon und die Türkei.

„In Jordanien und im Libanon halten sich jeweils eine Million Flüchtlinge auf, in der Türkei sogar drei Millionen. Das ist potenziell eine gewaltige Last auf Europa. Deshalb sollte man lieber alles dafür tun, damit diese Menschen heimkehren könnten.“

de.sputniknews.com: Putin: Deutschland braucht mehr Gas - Russland seit 50 Jahren sicherer Lieferant.

Russland ist bereits seit mehr als 50 Jahren ein zuverlässiger Gaslieferant für Deutschland und leistet einen gewichtigen Beitrag zur Energiesicherheit der EU, sagte der russische Präsident Wladimir Putin. Nach seinen Angaben nimmt der deutsche Gasbedarf kontinuierlich zu.

„Einer der erstrangigen Bereiche (der Zusammenarbeit – Anm. d. Red.) ist die Energiewirtschaft; das ist gut bekannt. Deutschland ist der größte Käufer von russischen Energieträgern. Im Jahr 2017 haben wir unter anderem 53,8 Milliarden Kubikmeter Gas geliefert“, sagte Putin vor seinen Verhandlungen mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel. Damit werde der deutsche Gasmarkt zu mehr als 30 Prozent gedeckt, fügte der russische Präsident hinzu. „Der Verbrauch von russischem Gas nimmt ständig zu und ist in diesem Jahr um 13 Prozent gestiegen.“

„Im Juni jährt sich zum 50. Mal der Beginn der Gaslieferungen aus der Sowjetunion nach Westeuropa. Innerhalb dieses Zeitraumes hat unser Land eine zuverlässige, reibungslose Energieversorgung gesichert und leistet weiterhin einen gewichtigen Beitrag zur Energiesicherheit des gesamten europäischen Kontinents“, so Putin.

Nach Angaben des Gazprom-Konzerns sind die Gaslieferungen nach Deutschland vom 1. Januar bis zum 15. Juni gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2017 um 13,2 Prozent (3,2

Milliarden Kubikmeter) gestiegen. Die Lieferungen ins ferne Ausland (Europa und die Türkei) haben sich insgesamt um 5,6 Prozent (fünf Milliarden Kubikmeter) vergrößert und 93,6 Milliarden Kubikmeter betragen.